



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

-γ-: Zur Parteibildung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zur Parteibildung

Unsre größern Parteien leiten ihren Ursprung aus Zeiten her, die weit vor der Reichsgründung zurückliegen. Man spricht dabei gern von einer konservativen und einer liberalen Weltanschauung, in den letzten Jahrzehnten war sogar oft auch schon von einer sozialdemokratischen Weltanschauung die Rede. Mit solchen großen Worten schießt man über das Ziel hinaus, und der praktische Politiker weiß wenig damit anzufangen. Parteiprogramme sind durchaus nicht unabänderlich, die Bedürfnisse, die das Leben des Volkes mit sich bringt, wirken auf sie ein, sonst wird das bisher lebendige Parteigebilde zum Stein, von dem sich die Anhänger abwenden, während er nur noch von den Parteipaffen verehrt wird, bis diese aussterben. In der Prinzipientreue liegt demnach die Stärke der Parteien nicht, sondern in der Befähigung, sich der Befriedigung der realen Bedürfnisse des Volks anzupassen. Das hat gerade die Geschichte der freisinnigen Partei bewiesen, und Eugen Richter war doch wirklich ein Mann, dem es nicht an reicher Befähigung und festem ehrlichen Willen fehlte. Weil ihn aber das liberale Parteiprinzip in die unfruchtbarste Opposition trieb, kam diese nur der Sozialdemokratie als Vorfrucht zugute, und die meisten freisinnigen Wahlkreise gingen einer nach dem andern an die Sozialdemokraten verloren. Parteiprogramme können wohl zeitweise große Schichten der Bevölkerung ergreifen, sodaß sie allerdings in gewissem Sinne förmlichen Weltanschauungen gleichen, aber sie sind es keineswegs. Als treffliches Beispiel dafür muß das in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstandne Programm des deutschen Liberalismus gelten, das zur Zeit des preußischen Verfassungskonflikts nahezu das gesamte öffentliche Leben in Deutschland ergriffen hatte und doch in wenigen Monaten großer geschichtlicher Entscheidungen jede Bedeutung verlor. Mit der Gründung des Reichs und der Erkämpfung einer nationalen Volksvertretung auf breiter Grundlage waren die Programmpunkte erreicht, die die großen Volkskreise angezogen hatten, die Dogmen vom Freihandel, vom parlamentarischen Regimente usw.

wurden nicht als Volksbedürfnis empfunden. Solche Dogmen ruinieren die Parteien. Heute ist der Freihandel selbst in seinem Ausgangslande im Absterben begriffen, und König Eduard ist wenigstens in der äußern Politik Englands unstreitig der Leiter, dem das Parlament folgt. Wenn sich die Franzosen durch das parlamentarische System weiter Flotte und Armee untergraben wollen und dadurch schon in ein Abhängigkeitsverhältnis, anfangs zu Rußland, jetzt zu England, geraten sind, so werden wir uns das zur Lehre dienen lassen.

Seit dem Entstehen des Deutschen Reichs ist über ein Menschenalter verfloßen, und es tritt jetzt eine neue Generation mit andrer Gesinnung und andern Interessen in den Vordergrund. Die frühere Generation war mit den lange erfolglos gebliebenen Bestrebungen von 1848 alt geworden, die neue fußt auf dem realen Boden der Ereignisse von 1866 bis 1871. Im vorigen Jahrhundert waren Konservatismus und Liberalismus die hauptsächlichsten Gegensätze, die sich auf dem weiten Gebiete der innern Entwicklung geltend machten, und der Widerstreit dieser beiden Richtungen hat den kulturpolitischen Anschauungen und Verhältnissen Deutschlands damals das Gepräge aufgedrückt. Diese Gegensätze schrieben sich ursprünglich auch von den Unterschieden zweier zeitlich getrennten Generationen her, von denen die konservative mehr in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, die liberale mehr in der zweiten Hälfte den Haupteinfluß ausübte. Das gilt mit geringen Abänderungen für ganz Deutschland, hier braucht aber der Kürze halber nur auf die allein entscheidende Entwicklung in Preußen hingewiesen zu werden. Die ganze preußische Staatschöpfung hatte seit dem Großen Kurfürsten bis 1806 auf dem scharfen Zusammensaffen der Einzelnen zum Ganzen beruht, dem Recht und der Freiheit des Individuums war wenig Aufmerksamkeit zugewandt worden. Der ganze Staat glich der Potsdamer Wachtparade, über die das Ausland witzelte, mit der aber der Alte Fritz seine großen Schlachten schlug. Die Regeneration Preußens von 1808 bis 1871 erfolgte dann unter immer siegreicherm Vordringen liberaler Gedanken. Wie jedoch die preußische, jetzt deutsche Armee die alte friderizianische Disziplin bewahrt, aber auf dieser Grundlage sich jetzt die Ausbildung des einzelnen Mannes zum selbsttätigen Feldsoldaten als Ziel gesetzt hat, so behielt auch der neue preußische Staat die gesunden Elemente der monarchischen Verwaltung, der Einheit, der Zentralisation, der Beamtenorganisation und der Heeresdisziplin bei, fügte aber einen ausgedehnten Schutz der Rechte des Einzelnen, eine große Summe persönlicher Freiheit und freier Bewegung, Selbstverwaltung und eine Verfassung hinzu, die an wirklich freiheitlichen Bestimmungen nicht hinter denen der liberalsten Staaten zurücksteht. Das hat noch größere Geltung für die Reichsverfassung, die sogar ein so liberales Wahlrecht hat und dieses so ehrlich und ohne Beeinflussung durchführt, wie das in keinem Lande der Erde der Fall ist. Denn gerade mit den modernen liberalen Einrichtungen

geht sonst überall der Regierungs- und Parteizwang sowie die Bestechung aller Art Hand in Hand. Die deutschen Verfassungen sind ehrliche Kompromisse zwischen der konservativen und der liberalen Zeitrichtung. Die zeitlichen Unterschiede des Entstehens beider Richtungen sind für die Gegenwart dadurch schon bedeutungslos geworden; beide stehn sich jetzt politisch und sozial gleichberechtigt gegenüber und arbeiten nebeneinander meist schon gemeinsamen Zielen entgegen. Ihre erfüllten Forderungen sind jetzt Gemeingut aller Parteien, darum haben sich die Konservativen und die Liberalen in ihrer früheren Bedeutung überlebt, und beide Parteien bewegen sich heute auf konstitutionellem Boden. Der große Kompromiß, die Reichsverfassung, steht heute schon längst außerhalb der Parteistreitigkeiten, die Liberalen haben ihr ehemaliges Verlangen nach dem parlamentarischen Regiment stillschweigend fallen lassen, und die Konservativen bedauern zwar noch die ihnen am wenigsten zusagende Einführung des allgemeinen Wahlrechts, aber an seine Beseitigung denken sie im Ernst nicht.

Jede politische Richtung hat ihre Zeit je nach den Umständen, unter denen sie in Wirkung tritt, und je nach dem Maße, worin sie wirkt. Nur Pfuscher vermeinen, mit einem Mittel alles heilen zu können, es gibt aber ebensowenig ein Allheilmittel für den Staat wie für den Leib. Es ist auch natürlich, daß sich jede politische Richtung, wie jede Kulturbewegung und selbst jeder Verwaltungsgrundsatz, über das ursprüngliche Ziel hinaus zu entwickeln sucht. Kein geistiges Streben ist aber unfehlbar, keine menschliche Einrichtung absolut, alle Begriffe sind relativ und setzen sich nur aus ihrem Verhältnis zueinander zusammen. Und darum gibt es auch weder eine konservative noch eine liberale Weltanschauung. Bismarck, der seine Staatskunst im Innern immer als eine Politik der Kompromisse bezeichnete, behielt praktisch stets eine Mittellinie im Auge, sie gipfelte in der Anwendung der verschiedensten Mittel, die er, unbeirrt durch Theorien, nach dem sachlichen Bedürfnisse wählte. Was man normal nennt, ist nur die Mittellinie, um die sich jeweilig die politischen Bestrebungen nach rechts und links gleich Pendelschwingungen bewegen. Bismarck genierte sich gar nicht, das dem großen liberalen Programm entstammende allgemeine Stimmrecht in die Reichsverfassung aufzunehmen, weil es seit 1848 eine praktische Bedeutung erlangt hatte, und er zögerte wieder keinen Augenblick, gegen das demselben Programm angehörende Spiel der freien Kräfte Stellung zu nehmen, als es notwendig geworden war. Man war infolge der liberalen Zeitströmung in den sechziger und siebziger Jahren zu weit nach dem Manchesterium abgescwenkt, darum entsagte er in der Zollpolitik dem Freihandel, und in der sozialen Fürsorge gab er das *laissez aller* auf. Trotzdem läßt sich mit Sicherheit behaupten, daß er den unter Berufung auf ihn heute von den Kathedersozialisten zur Theorie erhobnen Staatssozialismus nicht mitgemacht hätte, der die Rücksicht auf die tatsächlichen Erfordernisse des Staats außer Augen läßt und nur mit

Preisgebung der bürgerlichen Staatsordnung zu erreichen wäre. Bülow hat erklärt, auch die Politik der Mittellinie einhalten zu wollen, und wenn ihm das gelingt, wird er den Ruhm eines würdigen Nachfolgers Bismarcks erwerben. Darunter ist keineswegs eine automatenhafte Nachahmung des Altreichskanzlers zu verstehn, wie gewisse Bismarckverehrer immer empfehlend betonen. Bülow hat selbst treffend in der großen Rede nach seiner Genesung am 14. November 1906 darüber ausgeführt: „Die wahre Nachfolge eines Mannes wie Bismarck besteht eben nicht in slavischer Nachahmung, sondern in der Fortbildung, selbst wenn diese hier und da zu einem Gegensatz führt. Und darum richte ich an alle, die es angeht, die Mahnung, es nicht zu machen wie Lots Weib, die, weil sie nur rückwärts sah, zur Salzsäule wurde.“

Kurz vorher hatte er in derselben Rede in bezug auf Bismarck die ebenfalls zutreffende Bemerkung gemacht, „daß auch der größte Staatsmann ein Sohn seiner Zeit bleibt“. Das gilt von den politischen Parteien in gleicher Weise, sie sind auch Kinder ihrer Zeit, und wenn sie nur rückwärts sehen, werden auch sie zu Salzsäulen. Parteien müssen sich wandeln nach den Aufgaben, die im Laufe der Zeit verschiedenartig an sie herantreten. Die neue Generation steht den politischen Fragen des Tages ganz anders gegenüber als die ältere aus der Zeit der konservativen und liberalen Kämpfe. Das Deutsche Reich und seine Verfassung sind ihr ein Gegebenes, das nach bald vierzigjährigem Bestand kein Streitobjekt, weder im Ganzen noch in seinen einzelnen Teilen, mehr ist. Für den Erfahrungssatz Macaulays: „Es gehört zur Natur der Parteien, ihre ursprünglichen Feindschaften weit fester zu bewahren als ihre ursprünglichen Grundsätze“, hat sie kein Verständnis. Deutschland ist da, und seine Entwicklung weckte in ihr den Sinn für die äußere Politik und ein nationalpolitisches Selbstgefühl, das die Bedingung für unsre Lebensfähigkeit und die Weiterentwicklung der von der ältern Generation geschaffnen und überlieferten Grundlagen ist. Dieses nationale Selbstgefühl kann sich natürlich nur im Wettstreit mit andern Nationen, also in der Weltpolitik, betätigen. Die extensive Entwicklung unsrer Nationalität ist die eigentliche Wirkungssphäre der lebenden Generation und wird die Aufgaben unsrer innern Entwicklung über die bisherigen Errungenschaften hinaus führen und die meisten davon lösen. Es sind Aufgaben, die weit über die bisherigen Gegensätze von konservativ und liberal hinausgehen, für die die lebende Generation kein Interesse mehr hat. Weltfragen können nach solchen Parteistandpunkten gar nicht mehr beurteilt werden, und es fällt auch schon keinem Liberalen heute mehr ein, etwa wie Anno 1848 und 1863 für polnische Revolutionäre zu schwärmen, und keinem Konservativen, sich für den zarischen Absolutismus zu begeistern. Ähnliche Dinge gestattet sich höchstens noch die Sozialdemokratie in ihren exzessiven Elementen. Wie tief das Nationalempfinden trotz unsers Zeitungswirrwarrs schon Boden gefaßt hat, das haben

die letzten Reichstagswahlen bewiesen, wo das von den Blättern fast totgeschwiegene Südwesafrika eine Bewegung entfesselte, die dem nationalen Aufschwung bei den Septennatswahlen von 1887 nahezu gleichkam.

Bloß unter der Erkenntnis, daß die Gegensätze des Konservatismus und des Liberalismus überholt sind und zu erblaffen beginnen, ist die Wendung in der innern Reichspolitik, das Zusammenarbeiten des sogenannten Blocks zu verstehn. Die neue Generation ist weder dem Konservatismus noch dem Liberalismus feind, sie erkennt vielmehr das in ihren Kämpfen errungne dankbar an, aber sie strebt in ihren eignen Zielen weit hinaus über diese Resultate. Als ihr erster und nach Lage der Sache weitschauendster Vertreter gilt Kaiser Wilhelm. Mit seinem denkwürdigen Ausspruche: „Unsre Zukunft liegt auf dem Wasser“ hat er der neuen Generation die richtige Bahn gewiesen, da sie unter dem Einflusse eines gewissen eroberungsfüchtigen Kraftmeiertums auf gefährliche Abwege zu geraten drohte. Bülow warnte noch in seiner schon erwähnten Rede davor: „Für die praktische Politik kommt es noch mehr auf Klarheit des Kopfes als auf Wärme und Güte des Herzens an, und das Herz des Patrioten soll sich nicht zeigen in unterschiedslosem Räfionieren auf alle Fremden, Engländer und Russen, auf Amerikaner und Brasilianer, auf Staliener und Ungarn, und noch weniger in kühnen Zukunftsträumen, die die Erfüllung der Aufgaben der Gegenwart erschweren und überall Mißtrauen gegen uns erwecken.“ Seit wir mit dem bewußten Willen zur See fahren, neben den andern Weltnationen einen Platz an der Sonne zu erringen und zu behaupten, ist die alte Parteigruppierung gegenstandslos geworden, die Geltung zur See hängt nicht von konservativen oder liberalen Grundsätzen ab. Daß es politische Interessen und Kulturaufgaben gibt, die weit über solche Gegensätze hinausgehen, ist dem jetzt lebenden Geschlechte schon zu geläufig, und die Parteien müssen sich danach richten. Jede neu entstehende Bewegung, jede sich entwickelnde Richtung wendet sich zuerst und am schärfsten gegen die Übelstände, unter denen sie ihre bisherige Entwicklung hat leiden sehen, und die sie deshalb für ganz besonders nachteilig hält. Darum hat bei den letzten Reichstagswahlen zunächst die Sozialdemokratie die Zechen bezahlen müssen. Den Deutschen, dem die neue Weltstellung seines Vaterlandes auf der Seele brennt, mußte das vaterlandslose Gebaren der sozialdemokratischen Führerschaft mit hellem Zorn erfüllen. Schon Wieland hat gesagt: „Ein großes Volk hat Leidenschaften vonnöten, um in die starke und anhaltende Bewegung gesetzt zu werden, welche zu seinem politischen Leben erfordert wird.“ Es muß darum als Beweis für die Befähigung Bülow's zum Staatsmann gelten, daß er die im deutschen Volke längst vorhandne, noch zum Teil latente Leidenschaft für eine Weltpolitik klar erkannt und durch die Reichstagsauflösung entfesselt hat zum Besten des Vaterlandes und zu einer notwendigen Umgestaltung des sich im gegenstandslosen Sader um überständig gewordne Fragen verzehrenden Parteiwesens.

Wenn sich der Reichskanzler freilich nur nach den Zeitungen und den üblichen Parteiäußerungen gerichtet hätte, wäre er gar nicht auf den Gedanken gekommen. Durch diese Kundgebungen und das Treiben der in unsern Tagen zahlreicher als sonst auftretenden Thersitesnaturen konnte er nicht zu dem Appell an die gesunden Regungen der Volksseele veranlaßt werden. Dazu gehörte ein tieferer Einblick in die bleibende Wirkung, die der durch die Einigung Deutschlands geschaffne deutsche Welthandel, die Entfaltung der deutschen Industrie, die Ausbreitung der deutschen Geschäfte über den Erdball, das Wachstum des von einer stattlichen Flotte unter der schwarz-weiß-roten Flagge geschützten Überseeverkehrs im Gemüt des deutschen Volks hinterlassen hatte. Und die Antwort kam mit überraschender Deutlichkeit: Nichts ist uns zu schwer, nichts zu teuer, wenn es gilt, unsre nationale Persönlichkeit durchzusetzen. Die lebende Generation sieht auch in dem Reichstage nicht mehr das langersehnte Weihnachtsgeschenk für artige deutsche Kinder, die sich ausschließlich darüber zu freuen haben, sondern sie weiß, daß er nun vier Jahrzehnte dem Reichsbau angehört und sich nicht im selbstgefälligen Spiegel der Immunität bewundern darf, sondern nützliche Arbeit zu leisten hat. Sie fühlt sich auch vollkommen berechtigt zu einer Kritik, denn ihr sind schon in die Wiege politische Kenntnisse und Wahrheiten eingebunden worden, die unsern Eltern noch Gegenstände unklaren Ringens, noch Hoffnungen der Zukunft waren. Mit von Jahr zu Jahr abnehmendem Interesse war sie dem in den alten Formen des Konservatismus und Liberalismus dahinfließenden Redegeplätscher über das Budget gefolgt, an dem nicht ein Hundertstel geändert wurde und werden konnte, sowie über Vorlagen, bei denen es den nicht zu allernächst beteiligten ganz gleichgiltig war, ob sie eine Schattierung mehr nach der liberalen oder der konservativen Färbung erhielten.

Auch der ohrenbetäubende Lärm der Presse darüber regte niemand auf, höchstens ließen sich Leute, die nicht selbständig zu urteilen vermochten, dadurch verleiten, zur Sozialdemokratie überzulaufen. Mit wachsendem Unbehagen nahm man dagegen die kühle Haltung der Reichstagsparteien wahr, mit der sie die vom Kaiser mit eigener Arbeit und hoher Begeisterung geförderte Flotte behandelten, die kleinliche Knauserei in den Kolonialfragen, wo man einige Hunderttausende zu sparen vermeinte, während hinterher mehr Millionen und kostbare Opfer an Menschenleben dargebracht werden mußten, um die Unterlassungen wieder gut zu machen und die Ehre des deutschen Namens aufrecht zu erhalten. Das hatte böses Blut gemacht und das Nationalgefühl zu der Leidenschaft entflammt, an die der Reichskanzler zu appellieren verstand.

Nicht die Reden der Parlamentarier, sondern der deutsche Unternehmungsgeist, der zum Staunen der Völker und zum besondern Kummer der Briten den Weltmarkt erobert hat, der persönliche Wagemut, der auf eigne Rechnung und Gefahr die deutsche Handelsmacht geschaffen hat, sind der Stolz der heutigen Generation. Bis in die bescheidenste Bauernhütte dringt durch Chinakämpfer,

Westafrikaner und die heimgekehrten Mannschaften der Flotte die erfrischende Kunde, daß der deutsche Name hochgeehrt und gleichgeachtet neben den ersten Nationen der Welt gilt. Dagegen vermag die verärgerte Stimmung in ihren gewohnten Zirkeln gestörter Parteien und nach der hergebrachten Schablone betriebener Zeitungen nicht aufzukommen. Es ist ihnen vielmehr zu empfehlen, daß sie neuen Wein in die alten Schläuche tun. Sie werden den Kaiser, der der jetzigen Generation als Führer zur Kolonialmacht und Weltmacht gilt, weder mit beschwörenden Anrufen der „guten alten Zeit“ Bismarcks, noch mit anscheinend ernst gemeinten konstitutionellen Bedenken, noch mit den platten Denkmalswigen, noch gar mit dem neuesten Feldzuge „im Interesse des Vaterlandes“ gegen eine perverse Kamarilla im Auge der Bevölkerung in dieser Führerrolle herabzudrücken vermögen. Man kann höchstens den eifernden Tugendbolden wünschen, daß sie sich in dem Sumpfe der modernen übertriebenen Genußsucht ebenso rein erhalten haben mögen wie der Kaiser sich und sein Haus. Mit all diesem Krimskrums mag man vor politischen Kindern eine leichte Trübung hervorrufen, aber der große Strom der nationalen Leidenschaft hat sie schon geklärt und fließt mit unwiderstehlicher Majestät weiter. Wenn wir nicht als Nation im Laufe dieses oder des nächsten Jahrhunderts in einer andern Weltmacht untergehn wollen, muß Deutschland selbst Kolonial- und Weltmacht werden; davon ist die herangewachsne Generation überzeugt und auch bereit, die Opfer dafür zu bringen. Die Welt ist noch groß genug dafür, und wir brauchen deshalb niemand etwas mit Gewalt abzunehmen. Für die richtige gesunde Entwicklung unsers Volkstums, das ja begreiflicherweise in politischer Beziehung noch manche Schwächen zeigt, ist die Kolonial- und Weltpolitik dringend nötig. Den ersten heilsamen Einfluß haben wir ja gerade jetzt vor Augen: seit langen Jahren wieder einmal einen Reichstag, bei dem der nationale Gedanke den Ausschlag gibt! Aber erst in fernen Zonen und fremden Völkern gegenüber werden wir uns unsers Volkstums recht bewußt werden, im Wettbewerb mit andern Nationen uns selbst erkennen und lernen, unserm Leben in allem und jedem den Stempel deutschen Wesens aufzudrücken. Das ist es ja, was wir am Engländer, am Franzosen bewundern, während uns Deutschen außer unsrer Sprache und vielfach etwas militärischer Haltung die nationale Sonderheit gänzlich abgeht. Jene Völker haben sie sich im Weltverkehr aneignet, das Träumen, Dichten, Studieren und Theoretisieren hatte unsrer Eigenart einen internationalen Anstrich verliehen.

Als Nation sind wir noch jung; in kurzer Zeit hoch aufgeschossen, befinden wir uns in einem Stadium der Entwicklung, das noch weit von innerer Festigung entfernt ist. Von jeher ist die geistige Kultur weniger aus Büchern als aus der durch Kolonisation und Seehandel erzeugten Annäherung und Vereinigung der Menschen, aus den dafür notwendigen Kenntnissen der Verhältnisse, aus der daraus gewonnenen Erweiterung des Wissens, der dadurch bewirkten Vervollkommnung des Staatswesens und angenehmen Gestaltung des Daseins

hervorgegangen. Die Geschichte der Menschheit zeigt ein ununterbrochenes Wachsen der Vertrautheit mit dem Meere, der Unterwerfung des Meeres und der angrenzenden Landgebiete unter Geist und Willenskraft des Menschen. Die volkswirtschaftliche Entwicklung unsers Großstaats hat auch uns auf die See geführt und gezwungen, Seemacht zu werden. Von der richtigen Erkenntnis und Wertschätzung der seewirtschaftlichen und kolonialpolitischen Machtmittel mußte das deutsche Volk erst durchdrungen werden, aber die heutige Generation begreift nicht mehr und unsre Nachkommen werden es erst recht nicht begreifen, daß es eine Meinung geben konnte, Flotte und Kolonien seien zur weiteren Entwicklung des Reichs nicht nötig. Aus dieser Erkenntnis ergeben sich Konsequenzen, die wir nicht scheuen dürfen, und die namentlich von den Parteien und der Presse beherzigt werden müssen. Sie dürfen nicht übersehen, daß wir aus unsrer Kontinentalstellung zu Bismarcks Zeiten in die Weltstellung emporgerückt sind. Was sich damals für uns schickte, gilt heute nicht mehr für Deutschland. „Unsre Stellung würde heute gesicherter und leichter sein, als sie es in den achtziger Jahren war, wenn wir nicht die überseeische Politik inauguriert hätten“, sagte der Reichskanzler in seiner mehrfach erwähnten Rede. „Die Aufgabe unsrer Generation ist es, gleichzeitig unsre europäische Stellung zu wahren, die die Grundlage unsrer Weltstellung ist, und unsre überseeischen Interessen so zu pflegen, eine besonnene und vernünftige, sich weise beschränkende Weltpolitik so zu führen, daß die Sicherheit des deutschen Volks nicht gefährdet und die Zukunft der Nation nicht beeinträchtigt wird. Gewiß ist die Erfüllung dieser Aufgabe nicht leicht.“ Darin ist die Hauptveränderung seit der Zeit Bismarcks ausgedrückt. Wären wir noch auf unsre Festlandsstellung beschränkt, so könnten wir, gestützt auf unsre jedem unsrer Nachbarn überlegne Armee, unter Umständen selbst eine gebietende Rolle in Europa spielen. Aber in unsrer überseeischen Stellung ist uns unser Heer nicht in gleichem Maße von direktem Nutzen, es kann uns bloß helfen, unsre nächsten Nachbarn davon abzuhalten, uns in unsern überseeischen Bestrebungen zu stören. Diese direkt zu schützen, ist allein die Flotte berufen, und da müssen wir uns eben nach der Decke strecken.

Über alle solche Dinge muß man sich klar sein, wenn man mit Ernst Weltpolitik treiben will. Das braucht uns aber nicht abzuhalten, unsre deutsche Flotte so zu gestalten, wie wir es wollen. „Warum sollen wir nicht ebensogut Schiffe bauen und uns eine Flotte halten dürfen wie andre Länder, wie Frankreich oder Rußland oder Japan oder Italien oder England selbst?“ sagte ebenfalls Bülow. Um einige ärgerliche oder neidische englische Stimmen brauchen wir uns dabei nicht zu kümmern, ebensowenig wie englische staatsmännische Kreise den Behauptungen sozialdemokratischer deutscher Blätter, die deutsche Flotte werde gegen England gebaut, Wert beilegen. Selbst wenn englische Staatsmänner, um ihre Flottenpläne im Parlament durchzusetzen, für nützlich halten, auf die wachsende deutsche Flotte hinzuweisen, braucht uns das nicht zu beunruhigen. Hätten sie die Absicht, die deutsche Flotte zu zerstören,

so hätten sie längst eine kriegerische Gelegenheit dafür herbeiführen können. Sie sind aber davon überzeugt, daß die deutsche Flotte nicht dazu bestimmt ist, sich gegen England, sondern neben England zu behaupten, und sie sind in allen Parteilagern mit viel zu klarem weltpolitischen Weitblick ausgestattet, als daß sie versuchen sollten, eine Flotte zu vernichten, die in den bevorstehenden überseeischen Kämpfen um die Weltstellung Europas mehr zu leisten verspricht als die weiland russische. Haben wir eine gute Flotte, werden wir auch Freunde haben, ebenso wie unser Heer uns gute Freunde erhält. Alle Einkreisungspolitik ist nichts als eine Phantasmagorie der Zeitungen. In der Weltpolitik ist für eine europäische Einkreisungspolitik kein Raum mehr, und für England haben europäische Freunde mehr Wert als alle Freundschaft schlitziäugiger und schlitziöhriger Asiaten. Wenn die Deutschen Weltpolitik treiben wollen, müssen sie sich auch gewöhnen, die Dinge mit weltpolitischen Augen anzusehn und nicht hinter jedem Monarchenbesuch eine Intrige aus den Zeiten der europäischen Kabinettpolitik zu suchen. Jede Annäherung zwischen zwei europäischen Mächten ist eine Bürgschaft mehr für das zukünftige Zusammenstehn Europas, dem heute nur noch die ungestillte Revanchelust der Franzosen widerstrebt. Sie wird aber noch mehr in sich zerfallen, als es bereits geschehn ist, je mehr man jenseits der Vogesen zu der Einsicht genötigt wird, daß England ebensowenig wie Rußland die für die Revanche fehlenden Bataillone stellen will, und daß Frankreich bei seiner abnehmenden jüngern Generation nicht einmal seine Marokkopolitik durchführen kann. Es vermag eben nicht, beliebig viele Tausende nach Afrika, wie Deutschland nach China und Südwestafrika, zu werfen, ohne daß der Rahmen der Armee angetastet wird.

Das sind alles Gesichtspunkte, die für die deutsche Weltpolitik von Bedeutung sind. Je mehr wir uns über solche Dinge klar werden, desto umsichtiger und vorsichtiger werden wir unsre Weltpolitik treiben, ohne Prahlerei, doch das Ziel fest im Auge. Dazu gehört aber noch eine wesentliche Umwandlung in unsern innern Verhältnissen. Ein vielversprechender Anfang dazu ist schon mit der letzten Reichstagswahl gemacht worden. Aber Rückfälle sind bei unserm Parteiwesen nicht ausgeschlossen, die abgelebten „Prinzipien“ rumoren noch immer. Man muß jedoch den Führern der Linksliberalen zugestehn, daß sie sich in die neue Lage mit einer noch großzügigern Auffassung hineingefunden haben als selbst die Nationalliberalen, die ihre gewohnte Kulturkampfpaukerei nicht lassen mögen. Man sollte doch endlich einmal wirklich liberal sein und jedemann nach seiner Fassung selig werden lassen, wie es schon unter dem aufgeklärten Absolutismus Friedrichs des Großen der Fall gewesen ist. Für die Abwehr wirklicher klerikaler Übergriffe wird schon die Regierung sorgen und hat es auch getan. Eine klerikale Reaktion ist überhaupt bei dem heutigen Stande der Bildung und dem Einfluß der Großstädte schlechthin unmöglich, und alles Gerede darüber ist einseitig und beschränkt. Nichts hat den Führern des Zentrums die Irreführung der Wähler bei den letzten Reichstagswahlen, als

handle es sich um den Beginn eines neuen Kulturkampfes, leichter gemacht als die Angriffe von liberaler, hauptsächlich nationalliberaler Seite. Daß man damit das Zentrum niemals überwinden wird, haben die Reichstagswahlen abermals bewiesen. Das Zentrum kann und wird nur geschwächt werden dadurch, daß es samt seinen Wählern fortwährend vor nationale Fragen gestellt wird, denn seine gebildeten Kreise sind mit der ganzen jetzigen Generation für die deutsche Überseepolitik eingenommen. Nur die gänzlich unangebrachten Rückfälle in die Kampfweise vergangener Tage haben die nationale Regierung innerhalb des Zentrums noch nicht mächtiger werden lassen. Man lasse doch die alten Geschichten ruhen, denn auch die jetzige katholische Generation hat den nationalen Hauch der Überseepolitik verspürt. Das ist sogar bis weit in die sozialdemokratischen Reihen hinein der Fall. Weniger als der Wahlausfall selbst hat die Rücksicht auf die Stimmung großer Wählermassen Nebel und seine Getreuen bewogen, in den Kolonialfragen viel gemäßigter aufzutreten. Von dieser allgemeinen Volksstimmung sind noch große Fortschritte im nationalen Sinne zu erhoffen, wenn auch Rückschläge nicht ausbleiben werden. Hoffentlich versteht es aber die Reichsregierung, diese Stimmung zu benutzen und bei zukünftigen Wahlen die Lage so zu gestalten, daß der nationale Gesichtspunkt den Wählern klar in die Augen springt. In solchen Fällen hat das deutsche Volk noch immer, trotz des allgemeinen Wahlrechts, eine überraschende politische Reife bewiesen.

-r-



Reiseeindrücke aus der Ostmark

2*)



ie stärkste Gegnerschaft gegen die Ansiedlungspolitik der Regierung findet sich in den Städten der Ostmark. Sie ist im Grunde genommen wirtschaftlicher Art, wenn auch rein politische Gründe mitspielen. Die Gegnerschaft ist um so gefährlicher, als ihr eine Menge Tatsachen zur Verfügung stehen, die geeignet sind, die gesamte Tätigkeit der Ansiedlungskommission nicht nur als verfehlt, sondern als direkt schädlich erscheinen zu lassen. So weisen besonders in den Städten viele Erscheinungen auf einen Rückgang des Deutschtums hin, und aus verschiedenen Tatsachen könnte sogar gefolgert werden, die deutsche Sache sei dort verloren.

Die im Gebiet der Ansiedlungskommission liegenden Städte, die ältesten ebenso wie die jüngern, verdanken ihr Entstehen zum größten Teil, ihr Bestehen ausschließlich dem Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen als Ausfuhrware und mit Bedarfsartikeln der Landbewohner als Einfuhrware. Der Verbrauch

*) Anfang in Nr. 31 der Grenzboten.